

Bezugspreis:

Einzelheft 30 Pf. — M. monatl. 12. — M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12. — M. einjähr. 120. — M. ein-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich
Ungarn und Rußland 22. — M. für
das übrige Ausland 24. — M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdkunde und Reiseberichte“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonnt-
ags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Kriegs-
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97

Expedition Moritzplatz 117 53-54

Sonnabend, den 29. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Oberschlesientermin — Jahresschluß!

Paris, 29. Oktober. (D.N.) Aus Regierungskreisen verlautet, daß der Botschafter die Frist zur Durchführung aller in der ober-
schlesischen Entscheidung enthaltenen Bestimmungen bis zum 31. De-
zember d. J. festsetzen wird, und zwar unter Aufrechterhaltung der
interalliierten Bezeichnung bis zu diesem Zeitpunkt.

Oppeln, 29. Oktober. (D.N.) Für den deutschen Teil Ober-
schlesiens wird für die Übergangszeit der Rückführung in den
Preussischen Staats- und Deutschen Reichsverband ein Staatskom-
missar ernannt werden. In Aussicht genommen ist dafür der ehe-
malige Landrat des Kreises Tarnowitz, Braumüller.

Nach der Dena erregt es in Oberschlesien ein gewisses Auf-
sehen, warum man nicht für diesen Posten den bisherigen Ober-
präsidenten und Zentrumsabgeordneten Bittas, den man in erster
Reihe als für ein solches Amt qualifiziert erachtet, aussersehen hat.
Man glaubt, daß der Grund der Uebergehung Bittas in seiner
autonomiefreundlichen Stellungnahme zu erblicken ist. — Wir
können das um so weniger glauben, als die Autonomie doch Reichs-
gesetz ist!

Die Interalliierte Kommission gibt bekannt, daß das General-
konsulat der Republik Polen seinen Sitz von Oppeln nach Beuthen
(Hotel Sornig) verlegt hat.

Briands Programm für Washington.

Paris, 29. Oktober. (E.E.) Ministerpräsident Briand sagte
vor seiner Abreise nach Washington einem Vertreter der „Chicago
Tribune“, daß in der Frage der Abrüstung die territoriale Lage
Frankreichs berücksichtigt werden müsse. Denn Frankreich habe
nicht nur seine eigene Freiheit zu verteidigen, sondern auch die der
ganzen Welt. Frankreich müsse nicht nur für seine eigene Existenz
kämpfen, sondern es sei auch an gewisse Traditionen gebunden. Die
Amerikaner, die Frankreich zur Konferenz einladen, haben Frank-
reich in einer schwierigen Lage Hilfe geleistet. Deshalb sei es seine
Pflicht, Amerika die Dankbarkeit Frankreichs zu bezeugen.
Er sei überzeugt, daß das amerikanische Volk die Bedeutung dieser
Reise nicht verkennen werde. Trotz der Tatsache, daß viele Fragen
von Europa noch nicht gelöst sind, habe Frankreich die Einladung
des Präsidenten nicht nur nicht halb angenommen, sondern von
ganzem Herzen. Frankreich hat ein hervorragendes Interesse, an
den Debatten teilzunehmen. Frankreich hat seinen amerikanischen
Freunden versichert, daß es bereit sei, jede Maßnahme anzu-
nehmen, die dazu führen könnte, den Völkern der Welt die Rüstungs-
lasten zu erleichtern. Aber die Haltung Frankreichs müsse
stark von dem Gedanken beeinflusst sein, daß seine Sicherheit
nicht gefährdet werden dürfe. Was wäre geschehen, wenn Frank-
reich durch 40 Jahre seine militärische Macht nicht aufrechterhalten
hätte? Man glaubt, Frankreich könne auf die Sicherheit seiner
natürlichen Grenzen rechnen — dem ist aber nicht so. Frank-
reich muß sich verteidigen, infolgedessen hat es die Pflicht, alle jene
Sicherheiten festzustellen, die notwendig sind, bis es die Ueber-
zeugung bekommen hat, daß diese Notwendigkeit nicht mehr besteht.
Ob Lloyd George reist, ist noch immer zweifelhaft wegen der
Irelandfrage.

Fochs Empfang.

New York, 29. Oktober. (E.E.) Marshall Foch wurde von
dem französischen Botschafter Jusserand, dem Unterstaatssekretär im
Marineamt Roosevelt, dem Sohn des früheren Präsidenten, und
im Namen der amerikanischen Legion von dem Obersten Roberts
sowie von Vertretern der Staatsregierung begrüßt. Es war Gene-
ral Pershing gelungen, auf der „George Washington“ vor Foch
einzutreffen, so daß er auch an dessen Empfang teilnehmen konnte.
Foch begab sich sofort ins Rathaus, wo ihn der Bürgermeister be-
grüßte. Foch dankte tiefbewegt. Dann setzte er seine Reise nach
Washington fort. Sofort nach seiner Ankunft hat Foch an die
amerikanische Nation eine Botschaft gerichtet, in der es u. a.
heißt: Diese Soldaten, die ich im Jahre 1918 auf den Schlachtfeldern
führen durfte, möchte ich nun bei ihrer friedlichen Arbeit
sehen, wobei sie dieselben Eigenschaften beibehalten werden, die sie
im Kriege zeigten. Gedenkt, der gefallenen Amerikaner und erklärt,
daß ihr Opfer nicht vergeblich war! Es bleibt die Grundlage des
Weltfriedens, für den wir gemeinsam arbeiten, von denselben Ge-
fühlen befeuert, die Frankreich und Amerika während des Krieges
einten.

Soll Horthy triumphieren?

Der Widerstand Italiens, hinter dem noch größere Brüder
stehen, gegen das Vorgehen der Kleinen Entente, hat jetzt den
Punkt gefunden, wo er einsehen kann. Die Kleine Entente
fordert die unbedingte Auslieferung des Alliiertenvertrages, be-
sonders wegen der Abrüstung Ungarns. Dr. Benesch hat es
soeben wieder nachdrücklich betont. Aber der Alliiertenvertrag
ist in Venedig durch italienischen Diktat dahin geändert worden,
daß ein Teil des Burgenlandes — Oedenburg und Umgebung
— über seine staatliche Zugehörigkeit abstimmen soll. Das
Verlangen der Kleinen Entente wird also in das Begehren

nach Aufhebung der Abmachung von Venedig umgebogen,
wobei auch die alte Furcht vor einem tschechisch-serbischen
Korridor mitspielt.

Mailand, 29. Oktober. (Antel.) Die ganze italienische Presse,
mit Ausnahme des sozialistischen „Avanti“, nimmt mit großer
Schärfe gegen die Kleine Entente Stellung. Merkmal, Nationalisten,
Giolittianer, Rittianer sind darin einig, daß an dem Abkommen von
Venedig unter allen Umständen festgehalten werden müsse und die
Kleine Entente zu Vorwürfen gegen die Horthy-Regierung, die ihre
Pflicht getan habe, nicht berechtigt sei.

Die Stimme der Emigranten.

Wien, 29. Oktober. (Antel.) Unter dem Titel: „Der ungarischen
Demokratie entgegen“ veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“ der
ungarische Sozialdemokrat Sigmund Kunfi einen Artikel, in dem
es heißt:

Wir ungarischen Emigranten erheben unsere Stimme, um den
Wunsch auszudrücken, daß alle friedlichen Mittel erschöpft werden
sollen, um die unvermeidliche innere Wandlung der ungarischen
Politik ohne eine feindliche Besetzung des Landes herbeizuführen.
Trotzdem wir nicht den Wunsch haben, die Mörder des ungarischen
Volkes zu schützen, hegen wir die Ansicht, daß die Leiden einer
fremden Besetzung nicht von den Herrschenden, sondern von den
arbeitenden Massen getragen werden müßten. Von der
Boraussetzung ausgehend, daß die Aufgabe der Stunde sei, die
Bahn für die demokratische Entwicklung in Ungarn freizumachen,
rufen wir dem ungarischen Volk zu: Rafft euch selbst auf,
gliedert euch selbst in die Gemeinschaft der gestützten Welt ein, er-
kämpft durch eine mutige Tat auch selbst die Freiheit, auf daß sie
nicht auf den Spitzen der feindlichen Bajonette, durch diese Herkunft
unvermeidlich mit Makel behaftet, euch aufgezungen werde.
Was Ungarn sich jetzt wünscht, ist nicht Herrschaft über andere
Völker, sondern Gleichberechtigung, nicht Diktatur, sondern ist die
Eingliederung in die Front der mitteleuropäischen republikanischen
Demokratien.

Wiener Monarchistenblatt beschlaggenommen.

Wien, 29. Oktober. (Antel.) Heute wurde durch die Staats-
anwaltschaft die „Staatswehr“, das monarchistische Wochenblatt
des Obersten Wolff, wegen Aufforderung zum Hochverrat und Auf-
reizung gegen eine öffentliche Behörde beschlaggenommen. Gleichzeitig
wurde gegen Oberst Wolff ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

Paris, 29. Oktober. (W.B.) Die Botschafterkonferenz schlägt
Madelira als Exil des kaiserlichen Karl vor, vorausgesetzt, daß Portugal
einverstanden ist. Erzherzog Karl wird in Calais an Bord des eng-
lischen Kriegsschiffes „Corbiel“ gebracht, auf dem er bis zur end-
gültigen Entscheidung über sein Schicksal wohnt. — Vorkünftig hat
aber die Donau zu niedrigem Wasserstand, als daß die Reise auf
dem Kanonenboot angetreten werden könnte.

Prager Darstellung über Grassli.

Prag, 29. Oktober. (W.B.) Die Presseabteilung des Mini-
steriums für nationale Verteidigung gibt folgende Darstellung.

Donnerstag um 5 Uhr nachmittags kam in Grassli im Erzge-
birge eine militärische Abzweigung an, bestehend aus
38 Mann und 2 Offizieren. Am Bahnhof wurde die Abteilung von
einer großen Ansammlung der Bevölkerung erwartet, welche die
Soldaten mit warmen empfang, sie umringte, schmeichelte und mit Steinen
beworf. Die Mannschaften bewahrten trotz dem Ruhe und Disziplin
und reagierten nicht auf die Insulte. Als die Abteilung unter be-
deutenden Hindernissen auf den Marktplatz gelangte, fielen aus den
umliegenden Häusern zwei Schüsse. Das war das Signal zu
einem Angriff der Bevölkerung, welche den Soldaten die Ge-
wehre zu entreißen begann. Der Kommandant gab darauf Befehl
zum Schießen, und es wurden 12 Personen getötet und 10 ver-
wundet. Zur Sicherung der Ruhe wurde über den politischen Bezirk
Grassli das Ständrecht verhängt.

Das Ständrecht ist auch über die Slowakei und Karpathen-
land verhängt, und es sind dort viele Verhaftungen wegen majo-
ritischer Irredenta vorgenommen worden.

Stille am Devisenmarkt.

Obwohl man an der Börse die Nachrichten über das
Zustandekommen einer Anleihe von einer Milliarde Dollar
in New York mindestens für verfrüht hält, zeigte sich
doch am Devisenmarkt eine gewisse Zurückhaltung der
Spekulation. Die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel
liegen deshalb heute eher etwas schwächer als gestern.

Es notierten: Amsterdam, Rotterdam 60,40; London 700;
New York 177,75.

Wiederaufbaureise. Die Delegation der deutschen technischen
und Arbeiterverbände, die nach Frankreich kommt, um das Problem
des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete zu prüfen, ist in Paris
angekommen. Die Studien werden unverzüglich in Paris beginnen
und in den nächsten Tagen in den verwüsteten Gebieten fortgesetzt
werden.

Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird im „Avanti“
bekundigt, bei seinem letzten Besuch in Mantua sein Automobil
den Faschisten zur Verfügung gestellt zu haben, die den Kraft-
wagen für eine „Strafexpedition“ benutzten, bei der mehrere
Arbeiter schwer verwundet wurden.

Anzeigenpreis:

Die neuangestellte Kampagne-Beilage
kostet 6. — M. „Kleine Anzeigen“
das letzte gedruckte Wort 2. — M. (zu-
lässig zwei letzte gedruckte Worte). Jedes
weitere Wort 1. — M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
60 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf. 200 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Anfragen an die Regierung.

Von Otto Hue.

Vor kurzem hat die Reichsregierung die Pressenachricht,
es bestünde der Plan, die Reichseisenbahnen an eine privat-
kapitalistische Verwaltungsgesellschaft zu übertragen, dementi-
ert. Kann die Reichs- und die preussische Staatsregierung
auch ebenso bestimmt bestritten, daß der Plan besteht, die
Direktion über die sehr umfangreichen Duisburg-
Ruhrorter Hafenanlagen — staatlicher und
städtischer Besitz! — einem privatkapitalistischen
Konförium zu übertragen?

Ist der Reichs- und der preussischen Staatsregierung be-
kannt, daß die Absicht besteht, die Verwaltung und den Betrieb
der im Stadtkreis Duisburg gelegenen (staatlichen und städti-
schen) Hafenanlagen, einschließlich der Eisenbahnen innerhalb
dieses Hafengebiets, ferner die Verwaltung der die Rede
bildenden Rheinstromstraße von Rheinhausen bis zur Knipp-
brücke, die Verwaltung der Ruhr bis zur Schleufe I und die
Fürsorge für den Hochwasserbesch in den im Stadtkreis Duis-
burg gelegenen Häfen auf zunächst 30 Jahre einer „Hafen-
betriebsgesellschaft m. b. H.“ zu übertragen?

Ist den genannten Regierungen bekannt, daß als Stamm-
kapital dieser Gesellschaft 4 Millionen Mark vorgesehen sind,
wovon der preussische Staat und die Stadt Duisburg nur je
33 000 M. (also zusammen 66 000 M.) übernehmen sollen,
während die drei Großorganisationen der rheinisch-
westfälischen Bergwerksbesitzer zusammen
1 950 000 M. Stammkapital hergeben, so daß diese Unter-
nehmergruppe schon allein im Verein mit der den Bezie-
hungen vielfach durch Personalunion oder anderer engster
Interessengemeinschaft verbundenen Duisburger Reedere-
nossenschaft (650 000 M. Stammkapital) über die große Mehr-
heit in der Gesellschafterversammlung verfügt?

Ist den Regierungen bekannt, daß bereits mindestens seit
Anfang August d. J. der Entwurf des Gesellschaftsvertrages
fertiggestellt ist, der eine sehr sorgfältige Vorbereitung des
Projektes erkennen läßt? Warum werden die auf dieses
Projekt bezüglichen Schriftstücke, Satzungsentwurf, „Gesichts-
punkte für den Entwurf“, Erläuterungen usw. ausdrücklich als
„vertraulich“ bezeichnet? Es handelt sich um sehr wertvolle
Vertrauensstücke des preussischen Staates, über deren Ver-
wendung verfassungsgemäß nur der Landtag
zu entscheiden hat. Gilt die „Vertraulichkeit“ auch gegenüber
den Landtagsabgeordneten? Denkt man diese vor eine
„vollendete Tatsache“ stellen zu können? Es handelt sich auch
um einen außerordentlich wichtigen Teil der inländischen Ver-
kehrsanstalten, um direkte und indirekte Interessen des Reiches
als Besitzer und Verwalter der Eisenbahnen! Gilt die „Ver-
traulichkeit“ des Projektes auch gegen den Reichstagsabgeord-
neten? Denkt man auch diese vor eine „vollendete Tatsache“
stellen zu können?

Was weiß die Reichs- und die preussische Staatsregierung
von dem Projekt? Haben Beauftragte der Reichs- bzw.
Landesregierung an dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages
mitgearbeitet? Sind den Regierungen die Vorbereitungen für
die Umwandlung der staatlichen Hafendirektion in eine tat-
sächlich privatkapitalistische und seit wann überhaupt bekannt?
Wenn dies der Fall ist, wann und in welcher Weise ist von
diesen Vorbereitungen den verfassungsgemäß zuständigen
parlamentarischen Körperschaften Mitteilung gemacht worden?

Bereits im Sommer d. J. hörte ich von der Absicht, die
staatliche Hafenverwaltung zu beseitigen. Das Ansehen, diese
Mitteilung als „vertraulich“ zu behandeln, mußte ich ablehnen,
da ich als Volksvertreter in jenem Vorhaben eine Schädigung
öffentlicher Interessen erblickte. Ich wandte mich damals sofort
um Auskunft ersuchend an den zunächst zuständigen preussischen
Handels- und Gewerbeminister. Von dort erhielt ich eine Ant-
wort, die die Realität jenes Projektes verneinte. Jetzt
aber kenne ich dokumentarische Beweise für die Realität des
Projektes, und zwar derartige, die gar keinen Zweifel über
den Ernst der Sachlage zulassen. Schon während des Sommers
dieses Jahres ist der ganze Plan von den Eingeweihten so aus-
gearbeitet worden, daß er nur noch der „Unterschrift“ bedarf!
Gehört die Reichs- und die preussische Staatsregierung zu den
Eingeweihten?

Zur Klarstellung der Bedeutung des in Rede stehenden
Planes sei gesagt: Die Duisburg-Ruhrorter Anlagen sind die
bedeutendsten deutschen und europäischen Binnenhäfen. Der
Güterumschlag ist ein gewaltiger. Wer über diese Häfen ver-
fügt, hat den Schlüssel zum wichtigsten mitteleuropäischen
Binnenwasserstraßen in Besitz. Seine Bedeutung steigt noch
gewaltig, wenn die direkte Wasserstraßenverbindung Rhein-
Donau-Schwarzes Meer fertiggestellt ist. Die pacht-
weise Uebertragung der Duisburg-Ruhrorter Häfen an eine
privatkapitalistische Verwaltung soll zunächst auf 30 Jahre ge-
schehen! Dadurch würde faktisch ein privatkapitalistisches
Transport- und Verkehrsmonopol von ungeheurer Tragweite
geschaffen! Schon seit vielen Jahren klagen die rheinischen
Kleinschiffer über die zunehmende Beherrschung der Rhein-
schifffahrt durch Großreedereien, die im intimsten Zusammen-

hang mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie stehen. Um die Monopolisierung des Schleppdienstes auf dem Rhein-Herne-Kanal durch großkapitalistische Unternehmer zu verhindern, ist dort geleglich das *Ita a t t i c h e S c h l e p p m o n o p o l* eingeführt worden. Für dessen Beibehaltung und Ausdehnung auf weitere künstliche Wasserstraßen ist die konservative Landtagsfraktion mit uns gegenüber den immer wiederholten Angriffen der rheinisch-westfälischen Großindustrietreter auf das staatliche Monopol eingetreten. Aber diese Vorgänge kennt, weiß, daß die Lieberlieferung der Direktion über die Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen auch der Anfang vom Ende des staatlichen Schleppmonopols sein wird. Die faktische Herrschaft über die mit der Aufwendung von vielen Hunderten Millionen Mark von den Steuergeldern des Volkes hergestellten Kanäle und über die auch sehr kostspieligen Rhein- und Ruhrhäfen wäre damit einer verhältnismäßig kleinen Zahl riesenkapitalistischer Unternehmungsgesellschaften übertragen. Daß dies auch von tiefgreifendem Einfluß auf unsere Eisenbahnen sein würde, versteht sich ohne weiteres. Die Tarife für die Benutzung der Hafenanlagen, der Anschlußgleise, Kräne, Skipper usw. sollen von der projektierten privatkapitalistischen Hafenbetriebsgesellschaft „festgelegt“ werden!

Das alte Regime hat durch die staatliche Häfenverwaltung und das staatliche Schleppmonopol die Aufrichtung eines privatkapitalistischen Monopols wenigstens in diesem Schlüsselpunkt unseres Binnenwasserstraßenverkehrs verhindert. Sollen in dem republikanischen Preußen und Deutschland die privatkapitalistischen Monopolisten ihr Ziel erreichen? Man bleibe uns vor allen Dingen mit Beschwichtigungserklärungen vom Leibe! Auf die gestellten Anfragen müssen klare, un zweideutige Antworten gegeben werden.

Ein demokratisches Bekenntnis.

„Fraktionsführung, wie sie unglücklicher nicht sein kann.“

Die politischen Vorgänge der jüngsten Wochen sind nicht nur wesentlichen Teilen der Bevölkerung ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Auch in ernsthaft orientierten Kreisen versucht man noch heute vergeblich, im besonderen die politische Haltung der Demokraten zu verstehen. Aber es ist durchaus nicht immer richtig, hinter politischen Handlungen einen politischen Gedanken zu vermuten! Wie weit das gerade auf die Demokraten zutrifft, zeigt in aller Deutlichkeit die „Frankfurter Zeitung“, die sehr offen, und sichtbar vom besten Willen getrieben, in einem Leitartikel dazu Stellung nimmt. Sie meint, daß das Vertrauensvotum das für das zweite Kabinett Wirth abgegeben worden sei, die ganze Sinnlosigkeit der jüngsten Kabinettskrise beweise. Sie sei im besonderen durch die Demokraten herbeigeführt worden und habe doch nur die Wirkung gehabt, daß sie drei Wochen lang die Bevölkerung von der Beschäftigung mit den wirklich dringenden Problemen unserer Lage und die Regierung von der intensiven Arbeit an diesen abzog.

Die „Frankfurter Zeitung“ meint dann weiter:

Geändert hat sich lediglich eines: die Demokratische Partei ist aus der Regierungskoalition ausgeschieden, sie ist auch in dem Kabinett nicht mehr vertreten. Sie hat sich selbst ausgeschaltet, dank einer Fraktionsführung, wie sie unglücklicher nicht gedacht werden konnte, im letzten, das darf nicht unausgesprochen bleiben, bestimmt durch eine die Deutschdemokratische Reichstagsfraktion seit langem beherrschende unglückliche Reizung zur Väterung mit der Volkspartei, die die Politik der Fraktion in diesen ganzen Wochen in einem Grade beeinflusste, daß sie den Rückweg zu einer eigenen Politik auch dann nicht mehr fand, als durch die Volkspartei selbst schon jede Möglichkeit der großen Koalition beseitigt war.

Die „Frankfurter Zeitung“ meint, daß die ganze Krise für die Regierung vielleicht eine eigenartige Wirkung gehabt habe, die nämlich, daß sie jetzt unter Umständen homogener geworden sein kann, als zuvor.

Hierzu sagt sie, daß dies insbesondere bei den Finanzproblemen zum Ausdruck komme, denn hier habe die demo-

kratische Fraktion die Vertreter ihrer äußersten wirtschaftlichen Rechten in einem Maße dominieren lassen, daß es den Fortgang der Dinge wahrhaftig nicht erleichterte. Es sei sehr möglich, daß Zentrum und Mehrheitssozialisten sich jetzt leichter verständigen.

Treffender als es die „Frankfurter Zeitung“ tut, kann das Verhalten der Demokraten nicht gekennzeichnet werden. Die demokratische Partei leidet eben an einer schweren inneren Krankheit, und sie mag es nicht, zu einem Arzt zu gehen. Sie versucht seinem schonungslos aber ehrlichen Urteil auszuweichen und zieht es vor, heimlich zu allen möglichen Ausfällen zu laufen. Ob die Deutsche Volkspartei als Schächer mit Interesse daran hat, ihren Patienten bald gesund zu machen?

Wirth gegen die Katastrophopolitiker.

In seiner gestrigen Rede in Karlsruhe, über die wir heute morgen berichteten, kam der Reichskanzler Dr. Wirth auch auf die kritischen Tage vor der Bildung des neuen Reichskabinetts zu sprechen. Ueber seine Bestrebungen, die „Große Koalition“ zusammenzubringen, führte der Reichskanzler das folgende aus:

„Die Politik der mittleren Linie, der wir bereits seit Weimar folgten, war auch die Politik der letzten Tage. Ich stand in den Anfängen jener Bestrebungen nach einer breiten Koalition der Mitte von Scheidemann bis zu Stresemann. Es war ein schönes Ziel, und es war erreichbar. Die Grundlagen waren im wesentlichen schriftlich fixiert. Es hat aber geheißen, erst müsse der Kanzler gehen. Es ist merkwürdig, daß dieser Wunsch, der erstrebenswert ist und bleibt, nicht zustande kam, als des Vaterlandes Not am größten war. Ich war nicht das Hindernis. Ich habe erklärt, wenn das der Fall sei, dann solle ein anderer an die Stelle treten. Allein der Zeiger der Stunde für den Fristablauf rückte vor und keine Annäherung der Geister kam zustande. Das politische Chaos dämmerte herauf. Das war das Ergebnis der langen Besprechungen. Schließlich erging der Ruf des Reichspräsidenten wieder an mich. Ich habe nicht Parteien, sondern Männer befragt, die dann mit mir vor den Reichstag getreten sind, und wir haben eine überraschend große Mehrheit erreicht. Es ist schmerzhaft gewesen, von manchen Abschied zu nehmen. Ich habe im Reichstag erklärt, das Wiederanbahnministerium steht offen. Nur enger Parteigeist konnte die Tür schließen für den Mann, dem wir doch viel verdanken in der Anknüpfung mit dem Ausland.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Wirth mit aller Schärfe gegen die Separationspolitik des Bauern-Doktors Heim. Hierüber sagte er:

„Dr. Heim hat die Trennung Bayerns vom Reich seinerzeit in einem Artikel des „Bayerischen Kuriers“ verlangt. Für diesen Gedanken haben wir kein Verständnis. Haltet die Augen offen in den Staaten, nicht nur äußerlich, sondern mit ganzem Herzen, denn es ist Euer Staat und Eure Heimat, die wir, wie wir hoffen, retten und einer glücklichen Zukunft entgegenführen werden!“

Zum Schluß seiner Ausführungen besprach Wirth die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands, und er erklärte dem Buchertum den Krieg. Die künftigen Aufgaben der deutschen Reichspolitik wurden in folgenden Ausführungen umrissen:

„Eine Welle des Wunders geht durch das deutsche Volk. Aber je mehr die Staatsautorität angegriffen wird, und je mehr sich politische Parteien vor der Verantwortung scheuen, desto größer wird die Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Das Gebot der Stunde ist die Zusammenfassung von Geist und Arbeit, in jenem Jahrtausende alten christlichen Geiste der Annäherung aller Rasse und Stände, die uns allein befähigt, den brennenden Weg zur Rettung unseres Volkes zu gehen. In diesem Geiste müssen wir auch unser Kräfte zur Rettung derer tun, die unter der wirtschaftlichen Not zu erliegen drohen. Während auf der einen Seite es zu den dringenden Aufgaben der neuen Regierung gehören wird, der Geldentwertung durch eine grundlegende neue Ordnung der Gehälter der Fest-

angestellten und Beamten Rechnung zu tragen, muß auch aufs schnellste alles getan werden, um dem ungeheuren Elend der Kleinrentner und Invaliden zu steuern. Die neue Regierung wird auch den Kampf gegen den Wucher aufnehmen, in der sicheren Erwartung, daß man ihr dabei nicht in den Rücken falle. Geben wir das letzte her an Arbeitskraft zur Rettung des Vaterlandes!“

Die Ausführungen Wirths über das drohende Chaos bedeuten zugleich einen schweren Vorwurf gegen die unverständliche Politik der Demokraten.

Bemerkenswerte Abstimmungsmomente.

Nach dem jetzt festgestellten Ergebnis über die am Mittwochabend anlässlich der Regierungserklärung über Oberschlesien im Reichstag vorgenommene namentliche Abstimmung haben die volksparteilichen Abgeordneten Stresemann, Heine und die Angeordnete Dheim sowie bei der Abstimmung über den Antrag Wels-Marg, wie auch bei der über den gemeinsamen Antrag der Rechtsparteien, den Plenarsaal verlassen. Kardorff und Kaumer, die bei der Entscheidung über das Londoner Ultimatum sich für das Kabinett Wirth erklärten, stimmten diesmal gegen den Antrag Wels-Marg, dagegen für den Antrag der Rechtsparteien. Die demokratische Fraktion stimmte geschlossen für Wirth, mit Ausnahme des Abgeordneten Brodauf, der sich der Stimme enthielt. Vom Zentrum stimmten alle Abgeordneten, bis auf Herschel (Breslau), der die Annahme der Genfer Entscheidung ablehnte, für die neue Regierung. Die Bayerische Volkspartei, soweit sie überhaupt vertreten, übte Stimmenthaltung. Eisenberger und Bachmeyer als einziger anwesender Vertreter der Bauernbündler lehnten den Antrag Wels-Marg ab. Geschlossen stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen gegen das Kabinett Wirth.

In den Bahnen der Kahr-Politik!

Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei hielt gestern der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld eine längere Rede, die in folgenden, von der bayerischen Rechtspresse mit Jubel begrüßten Ausführungen gipfelte:

„Die Regierung Verchenfeld wandelt in den gleichen Bahnen der Politik der Regierung Kahr. Der gute bayerische Kern, der in Herrn von Kahr steht, glaube ich, steckt auch in mir. Auch das Kabinett Verchenfeld will unbedingt Ruhe und Ordnung im Lande. Die Ruhestörer dürfen nicht mit falscher Humanität behandelt werden. Ich bin der Ansicht, daß wir nicht in den Fehler verfallen dürfen, daß wir einfach aus gutem Herzen die Leute herauslassen, die jetzt schon in den Festungen (Koller! Die Red.) und Gefängnissen nichts anderes tun, als den Sturz der Gesellschaft und die Rache vorzubereiten, und diesen Fortverungen nachgeben.“

Im gleichen Geist waren Verchenfelds Ausführungen gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Er betonte die Notwendigkeit, gegen die sozialistischen Parteien klar einen Trennungsschritt zu ziehen, und hob triumphierend hervor, daß die Sozialdemokratie auch dort, wo sie zur Herrschaft gekommen sei, ihr Programm zu verwirklichen nicht in der Lage sei. Namentlich unverhüllt wandte sich Verchenfeld schließlich gegen die Weimarer Verfassung, deren „Fehler“, wie er sagte, auf verfassungsmäßigem Wege beseitigt werden müßten.

Verchenfelds Rede bedeutet die Ablehnung von seiner bisherigen Politik. Unsere Genossen in Bayern traten der Regierung Verchenfeld zunächst mit abwartender Neutralität gegenüber, hatte doch Verchenfeld in seiner Antrittsrede Worte gesprochen, aus denen man auf eine entschiedene Abwendung von den Pfaden Kahrs zu schließen berechtigt war. Damals sprach Verchenfeld von der Tür, die jedem, gleichgültig welcher Partei er angehöre, offenstehe, der mit ihm über politische Fragen diskutieren wolle. Heute betont der Ministerpräsident die Trennungslinie.

Die Hornbrille und der Limburger.

Von Julius Kreis.

Auf dem Schreibtisch des Poeten lagen dicht beisammen eine schwarz eingefaßte Hornbrille mit runden Gläsern und — noch in Papier eingeschlagen — ein Limburger Käse. So starr der Geist auch wirken mag: selbst Poeten bestehen aus Kopf und Magen, aus Hornbrille und Limburger Käse.

Die Hornbrille ist für den Geistigen von heute das, was für die veraltete Generation von Poeten Schlapphut und Samtjacke — Ruh der Rufe war. Der Limburger hingegen, das ist der Kranz, der sozusagen von der Mit- und Nachwelt nicht gelockt wird.

Die Hornbrille rückt ein bißchen vom Limburger weg. „Wissen Sie“, sagte die Brille, „ich bin ja Radikalsozialist bis ins Geiste, aber Sie werden mir ein bißchen zu penetrant für die Diktatur des Proletariats.“

„Ja?“ fragte der Limburger verständnislos und rührte sich ein wenig aus seiner In-Sich-Verfunkenheit. „Wer san denn nachher Sie?“ fragte er mißtrauisch die Hornbrille.

„Ich bin sozusagen die Trägerin der geistigen Kultur unserer Zeit“, blühte die Brille. „Ich bin die Intonation des Intellektuellen, des Spirituellen, ich bin...“

„A Krampfhennel!“ sagte der Limburger im Brustton der Ueberzeugung und kannte sich schon aus.

„Wie meinen Sie?“ tat die Hornbrille, darauf bedacht, ihr Wissen um Welt und Wort zu bereichern.

„Krampfhennel? Sagen Sie, was ist das? Ich finde dieses geballte Wort außerordentlich geeignet für mein Wesen. Es klingt!“

Dem Limburger wurde unbehaglich. „Wer Sie son' moan?“ fragte er nochmal voll der Abneigung, die der Eingeseffene allem „Zugroosten“ entgegenbringt.

„Ich bin die Hornbrille des Dichters Alois Camille Henry Schubdregler, gesprochen Schüddrehle!“

„A so!“ sagte der Limburger verblüfft. „Zu a ran Dichter g'hör'n Sie!“

„Jawoll!“ knappte die Hornbrille stolz. „Kennen Sie denn nicht „die sieben Gesänge an den toten Mond“ oder sein „Gestehtes Blinddarmabendländ“? — Der Limburger brummelte ein verlegenes: „Naa, is mir nie bekannt.“ Die Hornbrille tat von oben herab und kühl: „Sie scheinen zur Kunst nur sehr entfernte Beziehungen zu haben. Wie kommen Sie eigentlich zu „unserem göttlichen Camille?“ Der Limburger lachte, so daß er nur so schwabbelte. „Wia i zu eahm kinn?“ fragte er. „I bin do sei Anteil, den wo er allweil beim Kramer Wiesinger holt. Zahlt bin i aa no neil!“

„Sein Anteil?“ murmelte nachdenklich die Hornbrille, und weil sie gar nicht mehr anders konnte als in Literatur zu denken, so sagte sie noch einmal: „Schicksal und Anteil! So sollen Sie also in unsern Bund „Die Entflammten“ aufgenommen werden?“ „Na — i g'hör'

zur Brotzeit.“ sagte der Limburger beiseiden. Die Hornbrille seufzte: „Du lieber Gott! Wie sollen Sie in Ihrer naiven Robustheit und Körperlichkeit jemals unsern Camille anregen? Wie soll aus Ihnen Geist von seinem Geiste werden?“

Der Limburger sagte nichts mehr. Er dachte nur noch: „Spinnats G'stell!“ Dann sank er wieder in seine Versunkenheit zurück.

Der Dichter kam und hob die Hände zum leichten bereiteten Mahle, belagte den Limburger mit Salz und Pfeffer und einverleibte sich ihn Stück für Stück.

Das war zu viel für die Hornbrille. „Schau—au—au—derhast!“ ächzte sie noch. Dann wurde sie irre an Dichter, Welt und Geist, und als Camille sie eben auf die Nase setzen wollte, da sagte sie schwerste Melancholie. Sie entglitt jäh seinen Fingern, haucht noch einmal etwas von „Nichtüberleben“ und stürzte sich in die Tiefe. Klirrbild — kien!, da lagen die Scherben.

Was bleibt einer anständigen Hornbrille auch anders übrig als Selbstmord. Man kann ihr wirklich nicht zumuten, in einer Sozialität mit Limburger Käse zu atmen. ...

Volksempfinden und Künstlerempfinden. Die von der Bertelsmann in Gurlitt-Prozess geladenen Sachverständigen, Karl Bulke, Bernhard Kellermann und Edwin Redtsch, haben folgende Erklärung abgegeben:

„Das Gericht ging bei seiner Urteilsbegründung davon aus, daß ein Zwiespalt zwischen künstlerischer Auffassung und dem vom Gericht zu vertretenden Volksempfinden bestehe und daß lediglich das Volksempfinden bei der Urteilsfindung zu entscheiden gehabt habe. Diese Auffassung erscheint uns als eine kulturelle Gefahr. Das Volksempfinden eines Kulturstaates läßt sich nicht von der Weltanschauung seiner Künstler trennen. Jede Schöpfung eines Kunstwerkes richtet sich nicht nur gegen die Kunst, sondern gegen die Gesamtheit des Volkes. ... Wir kämpfen dafür, daß man die Ehrlichkeit des künstlerischen Willens anerkennen soll, auch wo er mit Problemen ringt, welche Sitte und Gewohnheit in das Dunkel zu verheilen suchen. Es erschien uns daher bei den Urteilen, über die wir uns vor Gericht zu äußern hatten, durchaus nicht als verdammenswert, daß die freie Ehrlichkeit des Künstlers vor erotischen Problemen nicht zurückschreckt. Gerade der Künstler ist imstande, sie zu befreien aus dem Bereich des Uneingeständenen. ...“

Durch diese Erklärung wollen wir erreichen, daß die Deffektivität der Berechtigung unseres Standpunktes prüft, sich also mit der Frage auseinanderseht, ob die Kunst in unserem Lande um ihrer selbst willen wahrhaftig gewollt, oder nur so weit geduldet sein soll, wie es einem vom Volksempfinden längst als veraltet anerkannten Gesetz beliebt.“

Zentral-Theater: Das Detektivmädchen. Das ist, sage und schreibe, die erste Operette, die sich jetzt auf den Berliner Brettern ausstobt. Kein Wunder, wenn das geistige Niveau des großstädtischen Publikums von Stufe zu Stufe sinkt. Die Quantität schlägt die Qualität tot. Die Librettisten geben sich nicht einmal mehr die Mühe, eine

nach so bescheidene Operettenhandlung zusammenzuflicken. Hauptsache ist für sie, möglichst viele anständige Schnoddrigkeiten und an den Haaren herbeigezogene Normände für ultra-moderne Hüpfereien zu erfinden. Auch die Musik verdient in bedenklicher Weise. Wer weder der Direktor und Spielleiter Dr. Jidel, noch der Komponist Leon Jessel, noch der Librettist, noch ihre Kollegen von den übrigen zehn Berliner Operettenbühnen tragen an diesem Niedergang die Hauptschuld. Hier gilt Werfels Paradox: „Nicht der Mörder, der Ermordete hat Schuld.“ Das Publikum trägt die Hauptverantwortung. Jedes Publikum hat eben die Kunst, die es verdient.

Ueber die „Handlung“ des Detektivmädchens könnte wohl nur der Verfasser Aufklärung geben, und auch das ist nicht ganz sicher. Die Musik zeichnet sich hin und wieder durch flotte Marsche aus. Das Ensemble gab sich redliche Mühe. Witz und Schwingen in der Sache zu bringen, und da zwei erstklassige Operettenstars, Molln Wesseln und Lea Seidl, dabei waren, wurde die Claque durch das zahlende Publikum übertrumpft. Der Luxus der Ausstattung wirkt in der jetzigen Zeit heraufbesorden. Hunderttausende werden für Kleider, Mäntel, Pelzwerk — über deren Provenienz der Theaterzettel detaillierte Angaben enthält — hinausgeworfen, aber für die Renovierung des schmutzigen Bühnenvorchanges ist anscheinend kein Geld da.

Ein Staatsexamen im Eierlegen. In den nächsten Tagen werden sich aus allen Teilen des britischen Reiches Tausende von Hühnern in London zusammenfinden, um hier unter den Augen einer Prüfungskommission eine Probe ihrer Leistungsfähigkeit im Eierlegen zu geben. Der Wettbewerb wird in der letzten Oktoberwoche seinen Anfang nehmen und sich über 14 Tage erstrecken. Sein Zweck ist die Feststellung der besten Legerrassen. Die ausgelegten Preise schwanken je nach dem Ergebnis der Konkurrenz zwischen 10 und 500 Pfund Sterling. Wie wichtig solche Feststellungen sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Eiererträge der Züchtern in den letzten 20 Jahren nahezu eine Verdoppelung erfahren haben.

Erkautführungen der Woche. Dienst.: Lustspielhaus: „Pietr Breuer“. — Mittw.: Th. am Rollenspielsplatz: „Die Ehe im Kreise“. — Donn.: Deutsches Künstlerth.: „Der heil. Ambrosius“. — Freit.: Schauspielhaus Goldkorn: „Hedemann“. — Sonnab.: Schloßparktheater: „Das Konzert“.

Kronia-Vorträge. Montag, Donnerstag: „Im Flugszeug zum Monde“. Dienstag, Freitag, Sonnabend: „Die Wunder des Schneefalls“. Mittw. spricht in der Reihe der Gelehrtenvorträge Eduard Mörike über: „Musi und Naturempfindung“. Sonntag: „Die deutsche Donau“.

Kunstchronik. Fritz Gurlitt eröffnet am 1. November eine Ausstellung von Zeichnungen und Aquarellen Oscar Reckers. — Die Romantische Gruppe eröffnet ihre Ausstellung am 1. November, 11 Uhr, bei Kitzmann, Rahmstr. 13.

Die Angst vor Schallapin. Wahrscheinlich grotzsch gedrückt ist die französische Bourgeoisie durch die Angst vor Schallapin. Der russische Sänger Schallapin wollte in Frankreich auskommen der Hungern in Russland einige Konzerte geben. Die französische Regierung hat ihm jedoch die Eintrittskarten verweigert!

Volksschule und Arbeiterbildung.

Die Herr Becker „reformiert“.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags hat der Kultusminister Beder, dessen Tätigkeit je länger je mehr das schärfste Mißtrauen aller Freunde des Schulfortschritts erndet, einige Aeußerungen über beabsichtigte „Reformen“ gethan, die den energischsten Widerspruch herausfordern. Daß Herr Beder die unter dem Ministerium Haenisch aufgehobene geistliche Schulaufsicht ebenso als sein Verdienst in Anspruch nimmt wie das vom Reich geschaffene Grundschulgesetz, mag man der Eitelkeit eines Ministers zugute halten, der noch auf keine eigenen Leistungen hinzuweisen hat. Dafür will er nun aber in Preußen auf dem Gebiet der Lehrerbildung „die Führung übernehmen“. Und wie sieht diese Führerrolle aus? Die Seminare sollen in „deutsche Aufbauschulen“ oder — wörtlich! — „in sechsstufige Seminare verwandelt werden“. Die Seminare in Seminare umwandeln — so will Preußen in der Reform der Lehrerbildung fortschrittsfreudig vorgehen! Auch gegen die Umwandlung in Aufbauschulen nach dem System der deutschen Oberschule (so soll wohl der unverständliche Ausdruck „deutsche Aufbauschule“ gemeint sein) hat sich die Lehrerschaft mit Recht energisch gewehrt, weil dadurch wieder Sonderschulen „nur für Lehrer“ geschaffen werden würden. Welch Herr Beder davon nichts?

Oder glaubt er die Lehrerschaft hinter sich zu haben, wenn er kategorisch erklärt: „Die Universitätsbildung ist abzulehnen“? Und zwar ausdrücklich nicht nur der Kosten wegen, sondern „um der Aufgaben willen, die die Volksschule an den Lehrer stellt“. Der Dorfpfarrer braucht also Hochschulbildung, der Tierarzt desgleichen — für den Volkserzieher auf dem Lande aber ist sie nicht erforderlich. Für ihn soll dafür die „Ausbildung auf den Gebieten der Landwirtschaft besonders berücksichtigt“ werden. Sollen Geflügelzucht und Imkereifortan zum Hauptberuf des Landlehrers werden? Ist das nicht ein Hohn auf Artikel 143, Abs. 2 der Verfassung? Und so etwas nennt sich „führend“ auf dem Gebiete der Lehrerbildung!

Was sagt übrigens das Reich, das ja nach Artikel 143 die Lehrerbildung einheitlich regeln soll, zu dieser „Reform“? Sollte etwa das Geheimnis, das über dem Lehrerbildungsgeheim des Reiches seit Monaten lagert, dahin zu deuten sein, daß sein Entwurf gleichfalls auf die Universitätsbildung der Lehrer verzichtet und daß Herrn Beders angekündigte „Reformen“ ihm gegenüber noch einen Fortschritt bedeuten? Es dürfte höchste Zeit sein, daß sich das Reichsministerium des Innern und sein sozialdemokratischer Staatssekretär Klipp und Klar zu dieser Frage äußerten. Unsere Reichstagsfraktion würde hoffentlich einem solchen Geheiß einen ebenso energischen Widerstand entgegensetzen, wie wir dies von der preussischen Landtagsfraktion den „Reformen“ des Herrn Beders gegenüber als selbstverständlich voraussetzen. Die Sozialdemokratie weiß, daß sie hierbei die gesamte deutsche Lehrerschaft nahezu geschlossen hinter sich haben wird.

Ebenso rüffelhaft sind aber die Ausführungen des preussischen Kultusministers über das Arbeiterbildungswesen. Dessen Förderung ist in der That Sache des Reiches, und wir hoffen, daß sich das Reich diese Aufgabe nicht durch die Ministerien der Länder aus der Hand nehmen lassen wird. Auch wenn die Vorfürungen des Herrn Becker sich nur auf die „wirtschaftliche Schulung“ der Arbeiterschaft im Sinne der Vorschläge des Genossen Wolbt beziehen sollten, so sind wir der Ansicht, daß im Zeitalter der Freizügigkeit auf diese Aufgabe nicht dem Zufall der Regierungsmehrheit in einem einzelnen Lande überlassen werden darf, sondern wir halten es für selbstverständlich, daß sich das Reich gerade einer solchen Aufgabe annehmen wird und annehmen muß.

Wirtschaft

Vorstellungsbilder im deutschen Bankgewerbe

Trotz der Milliardengevinne, die von den deutschen Großbanken in den Jahren 1920 und 1921 erzielt wurden, zeigt sich bei diesen Institutionen gegenwärtig eine auffallende Geldknappheit. Die Banklandschaft, die gerade durch die Depositionen der Großbanken mit Rat und Tat bei ihren Börsenpekulationen sehr stark unterstützt wird, nimmt gegenwärtig weit über ihre Bareinlagen hinaus Spekulationskredite in Anspruch und behält dadurch die Banken in ihren eigenen Dispositionen. Kredite für Handel und Gewerbe sind heute von den Banken nicht mehr zu haben. Der ungeheure Geldstrom, der durch ihre Kassen fließt, wird in vollem Umfange an die Börse gelenkt, denn dort winken Gewinne, gegen die auch die höchste Verzinsung eine Bagatelle bleibt. In den Direktionsbüros der Großbanken ist man der Meinung, daß die Börsenhäuser ihr Ende noch lange nicht erreicht hat. Man verweist auf das Beispiel Wiens, wo Kurse von 20 000 bis 30 000 allerdings keine Seltenheit sind. Um an dieser Katastrophenhäuser noch mehr als bisher zu verdienen, suchen die Banken Mittel und Wege, um ihr Eigenkapital zu vervielfachen. Zwischen der Commerz- und Privatbank und der Darmstädter Bank haben in der vergangenen Woche bereits Fusionserhandlungen geschwebt, die vorläufig zum Stillstand gekommen sind, weil man erst prüfen will, wie sich die hohen Gebühren, die bei einem Aktienumtausch zu entrichten wären, etwas vermindern lassen. An der Börse will man ferner wissen, daß eine Annäherung der Nationalbank für Deutschland an die Dresdner Bank beabsichtigt sei. Die Mitteldeutsche Creditbank erhöht ihr Aktienkapital von 90 auf 140 Millionen Mark. Die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft werden voraussichtlich in absehbarer Zeit ihren Wettlauf um die erste Stelle im deutschen Bankgewerbe fortsetzen und sich weitere Provinzbanken angliedern. Die Berliner Handelsgesellschaft, die unter Fürstbergers Leitung sich eine gewisse Unabhängigkeit erhalten hat, wird wahrscheinlich ihre Beziehungen zu amerikanischen Finanzkreisen zu einer Stärkung ihrer Betriebsmittel ausbauen. Bemerkenswert ist, daß bei fast allen Instituten die Rücksicht auf das Spekulationsgeschäft den treibenden Faktor für die bevorstehenden großen Transaktionen bildet. Am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens beteiligen sich die Großbanken in verhältnismäßig recht bescheidenem Maße.

Gewinnbringender Verlust. Der „Plutus“ schreibt: „In Börsenberichten vom 20. Oktober wird das Steigen der Kurse der Aktien der Gesellschaften des Anilin Konzerns begründet mit dem Schaden von einigen hundert Millionen Mark, der durch das Unglück von Oppau verursacht worden ist. Zum Wiederaufbau wird, so argumentiert die Börse, die Anilin-Gruppe neues Kapital benötigen. Die Kapitalserhöhungen aber werden, so glaubt man nach den bisherigen Erfahrungen, mit wertvollem Bezugsrecht verknüpft sein. Ob diese Erwartungen sich erfüllen werden, steht dahin. Zunächst ergibt sich die paradoxe Erscheinung, daß Aktionäre, die Zeiger der von einem großen Schaden betroffenen Unternehmungen, infolge dieses Unglücks Kursgewinne erzielen. Gleichzeitig aber sammelt man in ganz Deutschland Geld- und Materialspenden für den Wiederaufbau des zerstörten Ortes Oppau . . .“

Groß-Berlin

Lieder auf der Straße.

In Berlin singt es und klingt es, trotz Not und Sorgen. Die Koncertsäle hallen wider von den Klängen der alten und neuen Meister, auf den Straßen aber tönen die Lieder, die das Volk singt: Operettenklänge, die plöschig da sind, die alsbald jeder kennt und ebenso schnell vergißt, alte schöne Volkslieder, deren Texte leider nur zu wenige singen, und dann die bekannten „Gassenhauer“, die der Leiterkosten brutal mit lauter Stimme hineinschreit in den Värm der Riesenstadt. Auf den Höfen in den Arbeitervierteln drehen sich die Kleinen im Walzerschritt, und der Leiterkostenmann ist ihnen noch immer ein so lieber Gast, wie er es schon vor Jahrzehnten gewesen ist. Sie halten ihn unumwandelbare Treue. Er aber dreht seine Lieder aus dem Kasten heraus und äugt nach den Kleinen Gaben, die ihm gespendet werden. Oft singen auch Weigen auf den Höfen, und mancher Künstler zieht als „Hofmusiker“ von Haus zu Haus in Wind und Wetter — ein trauriges Los.

Was trifft man aber sonst noch für merkwürdige Musikanten! Da ist der Mann, der aus feingedörschten Weingläsern die schönsten Melodien hervorzaubert, und ein anderer hat sich aus einer kleinen Kiste, die mit einem Griffbrett und einer einzigen Saite versehen ist, ein Musikinstrument gar sonderbarer Art geschaffen, und meisterlich versteht er es zu spielen. Man trifft ihn auf den Märkten, er streicht sein Instrument und bannet die Menschen, reißt sie für einige Minuten heraus aus ihren Alltagsorgen und zieht dann weiter.

Während man im Straßengetriebe seinen Weg sucht, schmeicheln sich plötzlich Orgelflöte in die Ohren. Von einer Menschenmauer umgeben, sitzt dort an einer Straßenecke ein anscheinend blinder Musiker und spielt auf einem Miniaturharmonium. Er spielt und singt. Mehr als fünfzig Lieder umfaßt sein Repertoire. Alphabetisch geordnet hat er sie auf Tafeln verzeichnet. Die „Herschkoffen“ mögen wählen: Solweigs Lied von Krieg, das „Ave Maria“ von Schubert oder das Largo von Händel oder irgendeine bekannte Opernmelodie?

Er singt und spielt, und das dankbare Publikum wirft schmutzige Geldscheine in seinen Hut. Freilich schwingt sich das Largo empor — plötzlich naht ein Trupp von Wandervögeln, den Rucksack auf dem Rücken, die Laute in der Hand. Im Takte ihres Schreitens singen sie Wanderlieder und begleiten sie auf ihren Lauten. Das Largo ist wie ausgelöscht von dem lauten Sang der Vorüberziehenden. Was scheeren sie sich um das Lied eines Straßenmusikanten, was kümmern sie die unwilligen Blicke, sie wandern und marschieren und singen ihre Lieder auf den Straßen.

Die Räuber von Glindow.

In dem vergangenen Winter hatte sich in dem alten, Berliner Auskügler'n wohlbekannten Dorf Glindow bei Werder eine reguläre Räuberbande gebildet, deren Haupt der 30jährige als Einbrecher gefürchtete Kluth aus Werder war. Zu ihm gesellten sich der 24jährige Arbeiter Wilhelm Kühle aus Glindow und der 23jährige Töpfer Alfred Fressdorf aus Werder. Fressdorf wurde zum Schein in die Häuser geschickt, angeblich um Töpferarbeiten auszuführen, in Wirklichkeit aber, um Gelegenheiten auszubaldowern. In der letzten Silbesternacht ging es nach Bliesendorf. Das Haus des Eigentümers Rappen war das Ziel. Man wußte, daß die Bewohner auf einer Feier außerhalb waren, brach ein und machte große Beute. Am 3. März zogen Kluth, Fressdorf und Kühle, durch Ruß im Gesicht unentfesselt gemacht, mit Waffen und Gummihüpfeln wohl versehen, abermals nach Bliesendorf. Spät nachts wurde beim Rentier Schmidt geflingelt. Frau Schmidt, die sich meldete, wurde sicher gemacht, indem man ihr sagte, es sei wichtige Post aus Groß-Alex. da. Als sie öffnete, sah sie entsetzt drei schwarze Gestalten vor sich. Ihr Gefährt wurde jedoch sofort erstikt: man hielt ihr die Kehle zu. Als Herr Schröder hinzueilte, feuerten die Räuber mehrere Schüsse ab. Einer hat sein Ziel verfehlt: die Kugel 'traf den Räuberhauptmann Kluth. Auf der Flucht ließen ihn seine Spießgesellen liegen, und verblutet fand man ihn frühmorgens am Wegesrand vor. Fressdorf und Kühle wurden verhaftet.

Die beiden standen nun vor den Potsdamer Geschworenen, sie wurden des verfluchten schweren Raubes, des schweren Einbruchdiebstahles, der fahrlässigen Tödtung für schuldig befunden und Bresdorf zu vier Jahren Gefängnis und sechs Jahren Ehrverlust, Kühle zu fünf Jahren vier Monaten Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. Alle Anträge auf Hottentatlassung und Strafausschub wurden abgelehnt.

Vortageshte Attentate auf Züge.

Das gefährliche Schießen auf Stadtbahn- und Vorortzüge, über das schon so oft berichtet wurde, will immer noch kein Ende nehmen. So erhielt erst jetzt wieder, ein Stadtbahnzug, als er kurz nach 3 Uhr nachmittags einen Vorortzug dicht bei Baumhulsenweg kreuzte, einen Schuß aus einer 6-Millimeter-Waffe. Das Geschloß durchschlug eine Fenster Scheibe eines Abteils dritter Klasse, traf aber zum Glück keinen Fahrgast. — Hinter dem Bahnhof Wedding wurde frühmorgens von der Ecke der Lynaer- und Moritzstrahe viermal geschossen, nach dem Knall ohne Zweifel aus einem Kniegeewolwer. Die Kugeln gingen alle fehl. Mehrere Personen hörten sie deutlich pfeifen. — Mit Steinen beworfen wurde abends 6½ Uhr ein Zug, der vom Potsdamer Bahnhof abgefahren war, zwischen den Haltestellen Großgörscherstraße und Friedenau, auf einer Strecke, auf der offene Höfe dicht an den Bahnkörper heranstoßen. Von einem dieser Höfe kamen faustgroße Steine in ein Abteil geschlagen, getroffen wurde niemand.

Die Eisenbahndirektion hat jetzt zur Steuerung des groben Unfugs für die Ermittlung der Täter Belohnungen bis zu 5000 M. in jedem Falle ausgesetzt. Mittheilungen, die zur Aufklärung dienen können, nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen. Sie werden streng vertraulich behandelt.

Die neue Autotaxe.

Vom Polizeipräsidenten ist nunmehr die Polizeiverordnung erlassen worden, die die Droschkenordnung entsprechend den neuen Vereinbarungen zwischen dem Magistrat Berlin, den Droschkenbesitzern und dem Polizeipräsidenten abändert. Die Grundgebühr des Fahrpreisanzeigers bleibt mit 70 Pf. bestehen, ebenso auch die Bestimmung, daß für alle Fahrten ohne Rücksicht auf die Zahl der beförderten Personen der Fahrpreisanzeiger auf die dritte Lage eingeschaltet wird. Die von dem Fahrpreisanzeiger ermittelte Summe wird bei den Pferdetrodroschken verbleibend, bei den Krafddroschken, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um elektrische oder Benzin-Kraftfahrzeuge handelt, verzeinsacht. Die Verzeinsachung gilt auch für die Wartezeiten, so daß die auf volle Stunden berechneten Wartegebühren sich bei Pferdetrodroschken auf 10,50 M., bei Krafddroschken auf 30 M. stellen. Sieben- bis zehnfach berechnet werden auch die Gebühren für die Mitnahme von Gepäck und von Hunden.

Für die Vorbestellung einer Droschke von der Strasse aus, bei der der Fahrpreisangeiger erst nach Ankunft an dem Orte, von wo aus die Fahrt angetrieben werden soll, eingestellt werden darf, beträgt die Gebühr auch nach der Erhöhung der übrigen Sätze 2 M. Für Fahrten von Kraftdroschken nach bestimmten entliehen liegenden Vororten, die in der Droschkenordnung unter § 25 besonders aufgeführt werden, wird in dem Falle, daß eine Droschke nicht zur Rückfahrt benutzt wird, eine Gebühr von 3 M. erhoben. Uebertretungen werden mit 60 M. Geldstrafe oder 14 Tagen Haft bestraft.

Aus der monarchistischen Ecke.

Germania mit der Kaiserkrone.

Lange genug hat diese Dame mit dem Symbol der Monarchie aus dem Haupt die Briefmarken des Volksstaates geschmückt, sie ist nun glücklicherweise im Begriff zu verschwinden. Die Reaktion aber findet immer Mittel und Wege, um ihren Anhängern die alten monarchistischen Embleme in der Erinnerung wach zu halten. Der bekannte Verein für das Deutschtum im Ausland gibt Briefverschlusssymbole heraus, die eine schwarz-weiß-rote Umrandung zeigen, in der Mitte den alten Reichsadler und auf diesem den Kopf der Germania mit der Kaiserkrone auf dem Kopf. Solange sich diese Vereine nicht entschließen, die Symbole der Republik auf ihren Rundgebungen zu zeigen, ist es Pflicht eines jeden Republikaners, ihre Arbeit in keiner Weise zu unterstützen. Es ist tief bedauerlich, daß die Not der Zeit die Leiter des Vereins nicht veranlassen konnte, sich auf die neue Zeit einzustellen. Der Zusammenschluß aller Auslandsdeutschen wird auf diese Weise nie erreicht werden.

Die Mehrheit in den Bezirksverordnetenversammlungen.

Bürgerliche Blätter haben die Mitteilung gebracht, daß bei der in den 20 Verwaltungsbezirken amlich festgesetzten Verteilung der Bezirksverordneten auf die Parteien sich für 10 Verwaltungsbezirke eine nichtsozialistische Mehrheit ergeben habe. Aus der im „Nordkreis“ (Nr. 511 vom Sonnabendmorgen) veröffentlichten Zusammenstellung der Mandatenverteilung für die Bezirksverordnetenversammlungen ist ersichtlich, daß eine Mehrheit der dreilinkstehenden Parteien in 10 Bezirken erhalten geblieben ist, ein Gleichgewicht zwischen den linksstehenden und den bürgerlichen Parteien in einem Bezirk besteht, eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien in 9 Bezirken sich ergibt. Die bürgerliche Presse hat den einen Bezirk, in dem die Linke und die Bürgerlichen gleich stark sind, ohne weiteres den Bürgerlichen als Mehrheitsbezirk gebucht. Allerdings hoffen die Bürgerlichen, daß die Zuweisung der Stadtverordneten an die Bezirksverordnetenversammlungen noch das Wahlgeld korrigieren und in einigen Verwaltungsbezirken den Einfluß der Bürgerlichen steigern wird. Ueber diese Zuweisung entscheidet die Stadtverordnetenversammlung, in der ja nunmehr die Bürgerlichen, wenn sie ausnahmslos zusammengehen, die Mehrheit haben.

Die Errichtung einer weltlichen Schule in Treptow (15. Verwaltungsbezirk) ist zurzeit Gegenstand der Beratungen einer Arbeitsgemeinschaft, die aus Vertretern der am Orte befindlichen drei sozialistischen Parteien zusammengesetzt ist. Die steigende Zahl der vom Religionsunterricht befreiten Kinder erfordert unbedingt die Zusammenfassung derselben in einer besonderen Schule. Näheres über die beabsichtigten Maßnahmen wird noch bekanntgegeben werden. Alle Arbeiterkernern sollten die Arbeiten dieser Kommission unterstützen, indem sie, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre schulpflichtigen Kinder schon jetzt vom Religionsunterricht befreien. Anträge dazu können jederzeit gestellt werden. Es genügt, den Kindern einen Zettel mit dem schriftlichen Erlauchen um Befreiung des betreffenden Kindes vom Religionsunterricht an den Lehrer oder Rektor der Schule mitzugeben. Antragsformulare, sowie jede Auskunft erteilen die Genossen Robert Janell, Grochstraße 23, Oskar Sander, Kiehlstraße 18b, Will Bulan, Krüllstraße 1.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend trübe mit geringeren Niederschlägen und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: 69. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links.

Heute, Sonnabend, den 29. Oktober:

Theater der Woche.

Vom 30. Oktober bis 6. November.

Vollständige: 30. 31., 2. u. 6. **Wien:** **Theater:** 1. **Kapellin** **Bretschneider** **Be-**
leitung: 3. **Nach** **Donaustr.** 2. u. 6. **Teil:** 4. **Der** **Bauer** **des** **Millions.**
5. **Das** **Bekant.** **Die** **Komödie** **der** **Irungen.** — **Opernhaus:** 30. **Algenberg**
Sollmayer. 31. **Wassner** **Unterf.** 1. **Canalleria** **russkum** **u.** **Wojaki.**
2. **Ararat** **und** **Arlediana.** 3. **Rigoletto.** **Sinfonia** **Rossini.** 4. **Figelio.** 5. **Die**
Wiedererger. 7. **Wassnerball.** — **Schauspielhaus:** 30. u. 4. **Die** **erste**
Thomast. 31. **König** **Richter** **III.** 1. **Riesle.** 2. 5. u. 7. **Der** **Geni.** 3. **Die**
Stancus **u.** **Reich.** 6. **Riceto.** — **Deutsches** **Theater:** 30. 31. 2. 5. u. 6. u. 7.
Prinz **Louis** **Ferdinand.** 1. u. 4. **Raan.** — **Kammertheater** **Der** **Admiral.** —
Leipziger-Theater: 30., 2., 3., 5. u. 6. **Die** **Spieleisen** **einer** **Kaiserin.** 31. 1.
u. 4. **Der** **letzte** **Heere** **Alban.** — **Theater** **in** **der** **Königsberg.** **Grader**
Alban **Reconat.** — **Deutsches** **Opernhaus:** 30. u. 3. **Der** **Negende** **u.** **Reiter.**
31. **Die** **zehn** **Kugeln.** 1. **Don** **Juan.** 2. **Robengrin.** 4. **Die** **Algermann.**
5. **Tandhäuser.** 6. **Der** **Freudenberg.** — **Schiller-Theater:** 30., 31., 2., 3. u. 5.
Meine **Frau.** **Die** **Koschkaufsteierin.** 1. **Der** **Kauf** **der** **Sabine** **reiner.** 4. **Der**
Reich. **Der** **Salomon.** 5. **Die** **Stützen** **der** **Gesellschaft.** — **Großes** **Schauspiel-**
haus: **Die** **Kühnen** **Wander** **Wasser** **Theater:** 30., 31., 2. u. 3. **Die** **Wittichen.**
1. 2. 3. **Die** **Reise** **Bernad.** **Theater** **am** **Königsberg.** **Ingel.**
Deutsches **Kammer-Theater:** 30. u. 1. **Die** **Palatina** **des** **Rüling.** 31. 1. **Der**
heilige **Andreas.** — **Komödienhaus:** **Die** **Fahrt** **ins** **Blau.** — **Geheim-**
Theater: **Brünnchen** **Olala.** — **Kleines** **Schauspielhaus:** 31. — **Tollman-**
Theater: **Mein** **Freund** **Zeppo.** — **Kasseler-Theater:** **Der** **König** **in** **Paris.** —
Pentzler-Theater: **Das** **Teufelsdröckel.** — **Theater** **in** **der** **Kommunanten** **Recht.**
Danub. — **Friedrich-Wilhelms-Gesellschafts** **Theater:** **American-Str.** — **Königliche**
Oper: **Der** **Preis** **der** **Welt.** — **Vollständiges:** 30. u. 31. **Die** **Schaufsteier.** 31.
1. **Der** **Bauer.** — **Petropol-Theater:** **Die** **Strohmädder.** — **Reines**
Operetten-Theater: **Die** **Reinhold** **der** **Recht.** — **Italien-Theater:** **Schm's** **Trä-**
lotte. — **Theater** **am** **Königsberg:** 30. **Der** **Reiter** **am** **Engel.** 31. u. 1.
Waldheim. 31. 2. **Die** **die** **im** **Reife.** — **Theater** **des** **Wegens:** **Die** **Reise**
des **Dummling.** — **Kleines** **Theater:** **Adrian** **Isabelle.** — **Meine** **Frau.** — **Deutscher**
Theater: **Algen.** — **Waldsee-Theater:** **Die** **Gloden** **von** **Cornelini.** — **Theater**
des **Stens.** **Oper-Theater:** **Abel.** **Waller.** — **Kasseler-Theater:** 30. 31. u. 3.
Die **Reise** **Reise.** 31. 4. **Der** **Reise.** — **Kasseler-Theater** **am** **See:** **Das**
Wasser **Reise.** — **Schauspiel-Theater:** **Strohm.** — **Oper-Theater:** 30. u. 3.
31. **Reise** **u.** **Reise.** 1. u. 4. **Die** **2.** u. 3. **Alles** **im** **Reise.** 4. u. 6. **Die**
Rosetti. — **Kasseler-Capric:** **Kasseler** **Reise.** **Admiral** **Reise:** 1. 2. 3. u. 4. **Die**
Die **reine** **Reise.** 30. 31. u. 3. u. 5. **Reise** **Reise.** — **Schauspielhaus** **Reise:**
30. u. 3. **Der** **Reise** **Reise.** 31. u. 3. **Reise** **Reise.** — **Italien** **Theater:** **Reise** **Reise.**
31. **Reise** **Reise.** 1. u. 4. **Reise** **Reise.** — **Italien** **Theater:** **Reise** **Reise.** **Reise** **Reise.**

Sonntagsvorstellungen. Volkshäuser: 30. u. 6. Der Bauer
am Willkomm. — **Schauspieler:** 30. Die Jünglings. 6. Kronprinz. —
Leitende Theater: 30. Was ihr wollt. 6. Die Falsch und Verwirrter. — Sommer-
theater: 30. Frühling. Erwachen. 6. Die Falsch der Falsch. — **Schlag-**
Theater: 30. u. 6. Die Waise von Arel. — Theater in der Händel-
Strasse: 30. u. 6. Salome. — **Deutsches Opernhaus:** 30. Der Falsch von
Sommern. 6. 11 Uhr: Sinfonie-Konzert. 7 1/2 Uhr: Die Schwestern von
Saratoga. — **Schiller-Theater:** 30. u. 6. Helben. 1. Don Carlos. 2. u. 3.
Die Götter der Griechen. — **Großes Schauspielhaus:** 6. Die Weber. —
Reines Volks-Theater: 30. Augenfreunde. 6. Die Waise. — **Deutsches**
Künstler-Theater: 30. u. 6. Nimm. — **Amalienhaus:** 30. u. 6. Die Götter
von Soja. — **Berliner Theater:** 30. u. 6. Der letzte Balzer. — **Meines Schauspiel-**
haus: 30. Kindertheater. — **Tramway-Theater:** 30. Mein Freund Tadda. —
Heuberg-Theater: 30. Caden Dumbrecht. — **Zentral-Theater:** 30. Nabel und
Tische. — **Reichs-Wilhelms-Theater:** 30. Der Trombador. 6. Thor-
götter. — **Volkshäuser:** 6. Die Schauspieler. — **Thalia-Theater:** 30. Nimm-
spiel. — **Theater am Hohenhof:** 30. Wenn die Nacht erucht. 3. u. 4. u.
Heimat. 6. Der Letzte von Dingsda. — **Theater des Westens:** 30. u. 6. Der
Lied der Liebe. 30. u. 6. Augenfreunde. 6. Nimm. — **Meines**
Theater: 30. Salome. Sohn. — **Waldhof-Theater:** 30. u. 6. Christ-
theater. — **Der Ober:** 30. u. 6. Das Bild der kleinen Leute. 6. Nimm. —
Reines Theater: 30. Der Pottscheld. — **Schiller-Theater:** 30. Der
30. Hans Söderström. 6. Die Raine des Verleibten. Die Waise. —
Amalienhaus: 30. u. 6. Die Raine. — **Reines Theater:** 30. Der
Götter.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert f. gut. Stk u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neuföhl, Ringbahnstraße 88 z. Tel. 909
Lieferant für höchste Staatsbeamten.
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben. 1208*

Die Frauen
aus dem alten Norden
Nr 17
1907
Henny Lehmann

Das ist
eine neue, kurz und bren-
nende Geschichte. Ein
vorzügliches Geschenkbuch
im besonderen für Frauen

Preis M 12.50 schön geb.

Buchhandlung Vorwärts
5964 Lindenstr. 2